

# Landtagsabgeordnete mit Schülerdialog

Drei Parlamentarier im Rahmen des „„Schulbesuchstages 9. November““ bei der Realschule plus Dahn

■ **SÜDWESTPFALZ.** Drei Landtagsabgeordnete hatten sich mit Alexander Fuhr (SPD), Christof Reichert (CDU) und Martin Louis Schmidt (AfD) im Rahmen des „„Schulbesuchstages 9. November““ bei der Realschule plus und Fachoberschule in Dahn angekündigt.

Fuhr ist schon fast zuhause im Schulzentrum, hier hat er 1988 sein Abitur gemacht und als Landtagsabgeordneter war er immer zur Stelle, wenn sich eine der hier beheimateten Schulen für den Besuchstag angemeldet hatte. Der 49-jährige, der in Freiburg Geschichte studiert hat, erinnerte eindringlich an den 9. November 1938, die so genannte „Reichskristallnacht“, verwies aber auch auf die anderen bedeutenden Ereignisse in der deutschen Geschichte, die an einem 9. November stattgefunden haben, wie 1989 der Fall der Berliner Mauer.

Dabei stellte er sich den Fragen der jungen Leute und erzählte, warum er bereits mit 18 Jahren in die SPD eingetreten ist und warum er sich schon früh entschieden hat, Berufspolitiker zu werden. Ganz offen erläuterte er auch seine Entscheidung, nicht mehr für das Amt des Stadtbürgermeisters zu kandidieren, berichtete von seiner zeitaufwändigen Arbeit in den Aus-

schüssen und von den Aufgaben, die er als stellvertretender Fraktionsvorsitzender zu erledigen hat, was dazu führe, dass ihm als Stadtbürgermeister zu wenig Zeit zur Verfügung stehe. Auf die Frage, warum er ausgerechnet der SPD beigetreten sei, flackerte in der Antwort Fuhrs noch einmal auf, für was die Sozialdemokraten noch in seiner Jugend standen: Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität mit den Schwachen.

Auch Reichert stellte sich den jungen Leuten in aller Offenheit. Zum ersten Mal war er in seiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter im Schulzentrum, wo er als Vorsitzender des Elternbeirates des Otfried-von-Weissenburg-Gymnasiums zehn Jahre ein und aus gegangen war. „Der 9. November 1938 war mit der Reichspogromnacht wohl das schlimmste Ereignis in der deutschen Geschichte“, sagte er. Die Freiheit und die damit verbundene Toleranz und Akzeptanz, die das deutsche Volk nach Ende des Zweiten Weltkrieges an den Tag gelegt habe, gelte es ebenso wie das demokratische Selbstverständnis auch künftig zu pflegen. „Wir müssen uns mit Blick auf den 9. November 1938 immer wieder vor Augen halten, zu was es führen kann, wenn eine Minderheit ausgegrenzt und erbar-

mungslos verfolgt wird“, so Reichert.

Wie sich die Christdemokraten künftig in Sachen Flüchtlingspolitik zu positionieren gedenken, lautete eine der Fragen an ihn. Für Rheinland-Pfalz gelte, bessere Bildungsmöglichkeiten, mehr Lehrer, mehr Polizisten und eine bessere finanzielle Ausstattung der kleinen Gemeinden bereitzustellen, so Reichert auf die Frage, für was die CDU stehe. Zu den Flücht-

■ **Mit Martin Louis Schmidt war auch ein AfD-Politiker zur Diskussion mit den Schülern gekommen**

lingen sagte er: „Das Asylrecht ist im Grundgesetz fest verankert, daran gibt es nichts zu rütteln. Aber Menschen, die kein Anrecht auf Asyl haben, müssen umgehend zurück geschickt werden, die Anerkennungsverfahren müssen schneller laufen.“

Auf die Frage, warum er der Partei beigetreten sei, gab Reichert unumwunden zu, dass er als Hauensteiner aus einer überzeugten CDU-Familie stamme und noch heute von den Zielen der CDU überzeugt sei. Gefragt wurde aber auch, ob er für eine Legalisierung von Cannabis sei. Das verneinte Reichert. Am Ende vertrauten

ihm die jungen Leute ihre Anliegen an und Reichert gab Tipps, wie man gemeinsam mit Bürgermeister und Gemeinderat das Gewünschte – so den Bau einer Mountainbikestrecke – verwirklichen könne.

Wie Fuhr hat auch der 52-jährige Schmidt in Freiburg Geschichte studiert, war anschließend als Journalist und Publizist tätig und in den 1990er Jahren stellvertretender Chefredakteur und Ressortleiter der rechtskonservativen „Jungen Freiheit“. 2016 zog er für die AfD in den rheinland-pfälzischen Landtag ein. Den 9. November 1938 erwähnte er lediglich zwei Mal als Datum. Schnell kam er zum 9. November 1989: Auf der fallenden Mauer habe er erkannt, dass sich Dinge von einem Tag auf den anderen ändern können – selbst ein geteiltes Deutschland, das er in seiner Jugend immer als für alle Zukunft gegeben hingenommen habe.

In seinen Antworten auf die Schülerfragen erläuterte Schmidt, dass die AfD noch eine junge Partei sei, die sich erst finden müsse. Stets machte er klar: Erst wir, dann Europa und dann der Rest der Welt. Europas Grenzen müssen seiner Meinung nach geschlossen werden, da „100 Millionen Afrikaner nur darauf warten, nach Deutschland zu kommen“.

## ■ INFO

### Schulbesuchstag

Seit 2003 bietet der Landtag den „Schulbesuchstag 9. November“ als bundesweit einmaliges Projekt an. Seit seiner Einführung haben inzwischen rund 92 000 Schüler der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen teilgenommen. Das Datum des 9. November ist mit dem Schulbesuchstag fest verbunden: Es steht für gescheiterte und erfolgreiche, gewaltsame und gewaltlose Revolutionen, für das Aufeinandertreffen demokratischer und autokratischer Kräfte: 1848 Liberalismus und Restauration, 1918 parlamentarische Demokratie und Räterepublik, 1923 Demokratie und Nationalsozialismus, 1938 Menschenrechte und Rassismus, 1989 Freiheitsdrang und Autokratie. Mit dem Projekt will man Jugend und Politik in den Dialog bringen, den Schülern soll die Möglichkeit gegeben werden, mit den Abgeordneten, die an diesem Tag Schulen in ganz Rheinland-Pfalz besuchen, über Politik zu diskutieren. (lh)



Der Landtagsabgeordnete der SPD, Alexander Fuhr, gleichzeitig Stadtbürgermeister von Dahn, stellte sich wie seine Kollegen von der CDU und der AfD im Rahmen des „Schulbesuchstages 9. November“ den Fragen der Schüler der Realschule plus und Fachoberschule. (Foto: Lilo Hagen)

Er wies aber auch darauf hin, dass man Geld in die Hand nehmen müsse, um die Lebensumstände der Menschen in deren Heimat zu verbessern.

„Was halten sie davon, dass Schüler ihre Lehrer melden sollen?“, wollte ein Schüler mit Blick auf die AfD-Meldeportale wissen. Es gehe nicht darum, Lehrer zu denunzieren, sondern darum, einseitige Beeinflussung der Schüler zu verhindern, da sich gezeigt habe, dass Beschwerden bei Schulleitung oder der ADD erfolglos blieben, so Schmidt.

Hier schaltete sich Schulleiter Michael Dürphold ein. „Sie vertreten extreme Ansichten, Sie haben rechtsextreme Elemente in ihren Reihen, da ist es Aufgabe der Lehrer, darauf hinzuweisen“, sagte er. Schmidt bezeichnete diese „rechtsextremen Elemente“ als „Spinner“, die man derzeit versuche, aus der Partei auszuschließen, was schwierig sei.

Darauf wollte einer der Schüler wissen, wie es um Bernd Höcke stehe, der das Holocaust-Mahnmal in Berlin als „Denkmal der Schande“ bezeichnet hatte. Schmidt erklärte, dass habe Höcke so nie gemeint. Der Mann sei eher als „nationalromantisch“ einzustufen, wobei seine pathetischen Reden für die moderateren Parteimitglieder teilweise schwierig seien. Schmidt unterschied zwischen ost- und westdeutschen Landesverbänden und verteidigte die Menschen in den „neuen“ Bundesländern: Diese seien es aus DDR-Zeiten gewohnt, nichts zu glauben, was in der Zeitung stehe.

Auf die Frage, warum man Höcke nicht aus der Partei ausschließe, meinte Schmidt: „Bevor man jemand ausschließt, muss man sich sicher sein, dass er Extremist ist. Und da bin ich mir bei Höcke nicht sicher“. (Ih)